

Die Swissair ist – wie der Interpellant zu Recht festhält – als fortschrittlicher Arbeitgeber bekannt. Ihre Personalpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass in guten Geschäftsjahren den Personalbegehren grosszügig entsprochen wird. Gemäss den Angaben der Swissair-Geschäftsleitung wurden beispielsweise 1989, in einem guten Jahr, bei einem vollen Teuerungsausgleich von 1,8 Prozent im Durchschnitt insgesamt 4 Prozent Salärerhöhung gewährt. Für das Jahr 1990 wurden bei einem vollen Teuerungsausgleich von 3,6 Prozent insgesamt 9,9 Prozent für Verbesserungen der Anstellungsbedingungen aufgewendet, inbegriffen eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde von 42 auf 41 Stunden. Dabei ist zu beachten, dass die Aktionäre für das Geschäftsjahr 1990 auf die Ausschüttung einer Dividende verzichten mussten.

Die Jahre 1990/1991 waren für die Zivilluftfahrt wirtschaftlich sehr schwierige Jahre. Trotzdem konnten die Saläre 1991 bei einer Teuerung von 6,4 Prozent im Durchschnitt um 3,5 Prozent angehoben werden. Nachträglich musste dann die Swissair wegen der Kündigung der Gesamtarbeitsverträge dem Kabinen- und dem Bodenpersonal für 1991 den vollen Teuerungsausgleich bis 6,4 Prozent ausrichten, was den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Unternehmung in keiner Weise entsprach.

Die Swissair sieht sich aber auch einer harten internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Die Personalkosten machen heute rund 40 Prozent der Gesamtaufwendungen des Unternehmens aus, während sie bei qualitativ vergleichbaren Konkurrenten um 10 und mehr Prozente tiefer liegen. Die Swissair muss die Kosten im Griff behalten, um den Fortbestand der Unternehmung und die Arbeitsplätze zu sichern.

Eine Personal- und Lohnpolitik, die sich am Unternehmungsergebnis orientiert, verdient grundsätzlich Verständnis.

Im übrigen konnte in der Zwischenzeit bereits für das Kabinenpersonal ein neuer (Übergangs-)GAV ausgehandelt werden. Mit den Verbänden des Bodenpersonals haben die Verhandlungen Mitte Januar 1992 begonnen. Für das Jahr 1992 konnte mit allen Verbänden eine Lösung getroffen werden.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Der Bundesrat bedauert die Kündigung des GAV, was aber keine einseitige Schuldzuweisung an die Adresse der Swissair-Geschäftsleitung bedeutet.
- 2./3. Die Vertreter des Bundes haben sich primär am Gesamtwohl der Unternehmung zu orientieren. Dazu gehört auch eine der wirtschaftlichen Trag- und Leistungsfähigkeit entsprechende Personalpolitik, deren Grundzüge nach Möglichkeit in einem GAV festzuschreiben sind.
4. Der Bundesrat hofft, dass es den Sozialpartnern gelingen wird, einen neuen GAV auszuhandeln, welcher sowohl der Unternehmungs- und Arbeitsplatzsicherung als auch berechtigten Anliegen des Personals Rechnung trägt.
5. Der Bundesrat vermag zwischen möglicher Konzessionsverletzung und vertragslosem Zustand keinen direkten Zusammenhang zu erkennen. Er geht davon aus, dass die Konzession auch künftig in jeder Beziehung erfüllt wird. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt überwacht die Einhaltung der Pflichten, welche der Swissair durch die Konzession auferlegt sind.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

91.3406

Interpellation der christlichdemokratischen Fraktion Informationstätigkeit des Bundesrates zur EWR-Abstimmung

Interpellation du groupe démocrate-chrétien Votation populaire sur l'EEE. Informations dispensées par le Conseil fédéral

Wortlaut der Interpellation vom 11. Dezember 1991

Der Informationsstand der schweizerischen Bevölkerung über den Inhalt und die Auswirkungen des EWR ist gering. Dementsprechend gross ist das Bedürfnis der Bevölkerung, über den Inhalt des EWR-Vertrages und dessen Auswirkungen auf die Schweiz informiert zu werden.

Die Informationstätigkeit des Bundes, wie sie üblicherweise für Sachvorlagen vor Abstimmungen geführt wird, genügt für diese komplexe und weitreichende Materie nicht.

Wie gedenkt der Bundesrat in Anbetracht der Wichtigkeit des Geschäftes formell und materiell vorzugehen

– beim Erfassen der grössten und wichtigsten Informationsbedürfnisse;

– in der Erhebung der Fragen aus der Bevölkerung;

– bezüglich einer umfassenden, für Nicht-Fachleute verständlichen Information in allen Sachbereichen mittels klaren Aussagen;

– um eine flächendeckende Informationstätigkeit zu gewährleisten?

Texte de l'interpellation du 11 décembre 1991

La population suisse étant peu informée au sujet du contenu du traité sur l'EEE et de ses effets pour notre pays, elle a d'autant plus besoin d'être renseignée sur ces questions.

Vu la complexité et l'ampleur de la matière, il n'est pas suffisant que le Conseil fédéral se contente des informations qu'il a coutume de dispenser à propos des objets soumis en votation populaire.

Etant donné l'importance que revêt cet enjeu, que pense faire le Conseil fédéral sur les plans formel et matériel

– pour recenser les principaux besoins en matière d'information;

– pour prendre en compte les questions que se pose la population;

– pour dispenser dans tous les domaines spécifiques des informations claires, complètes et compréhensibles pour les profanes; et

– pour garantir une campagne d'information touchant l'ensemble du pays?

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
vom 12. Februar 1992*

Der Bundesrat teilt die Auffassung der Interpellanten, wonach die Information über die schweizerische Haltung zur europäischen Integration als Daueraufgabe zu betrachten ist. Diese Informationstätigkeit entspricht auch einem Wunsch, der von Parlamentarierseite wiederholt geäussert worden ist.

Im Hinblick auf die Volksabstimmung werden selbstverständlich verstärkte Informationsanstrengungen notwendig sein, damit die Öffentlichkeit in der Lage ist, die Tragweite des Ent-

scheids und seiner Auswirkungen im vollen Ausmass zu beurteilen. Der Bundesrat ist der festen Ueberzeugung, dass die direkte Demokratie eine gut informierte Bevölkerung voraussetzt, und er ist bereit, die dafür notwendigen Grundlagen auch für die EWR-Abstimmung zu vermitteln.

Ziel des Bundesrates ist eine objektive Information, die es den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes erlaubt, sich eine eigene Meinung zu bilden. Den Stimmberechtigten soll offen dargelegt werden, was ihnen EWR, EG oder ein allfälliges EG-Beitrittsgesuch bedeuten bzw. konkret bringen und welchen Platz die Schweiz in den diversen Fällen innerhalb des sich wandelnden Europas einnehmen würde.

Diese umfassenden Informationsmassnahmen werden vom Integrationsbüro EDA/EVD durchgeführt. Praktisch alle eidgenössischen Departemente sind aber ebenfalls betroffen und müssen in die Informationsbestrebungen einbezogen werden. Der Bundesrat hat deshalb die erweiterte Konferenz der Informationsdienste des Bundes unter der Leitung des Vizekanzlers Information beauftragt, die Informationsmassnahmen zu begleiten und zu koordinieren.

Die Informationsmenge ist beim EWR sehr vielschichtig, so dass Orientierungshilfen und allgemein-verständliche Unterlagen notwendig sind. Die Zusammenarbeit mit externen Kommunikationsspezialisten ist vorgesehen, wobei der Einsatz der gewählten Mittel und Inhalte der Kontrolle durch Bundesrat und Verwaltung unterstellt ist. Die Orientierung der Öffentlichkeit richtet sich nach den einzelnen politischen Etappen und begleitet die jeweiligen Entscheide und Positionen der Landesregierung. Es geht nicht um eine Kampagne oder um Abstimmungpropaganda – es geht um die Erfüllung des bundesrätlichen Informationsauftrages.

Die Information muss empfängerorientiert sein und alle Aspekte der modernen Wissensvermittlung berücksichtigen. Sie wird demoskopisch begleitet, damit die Informationsmittel effizient eingesetzt werden können.

Für die geplanten Informationsleistungen hat der Bundesrat einen Kredit von 5,9 Millionen Franken gesprochen, und zwar unter dem Vorbehalt, dass dieser Betrag erst nach dem definitiven Entscheid zum EWR-Vertrag freigegeben wird.

Die Hauptanstrengungen zur Information der Bevölkerung sind in einer ersten Phase vorgesehen. Einen wichtigen Eckpfeiler wird dabei die Botschaft des Bundesrates ans Parlament darstellen, die in einer separaten Kurzfassung für das breite Publikum herausgegeben werden soll. Nachdem diese Grundbedürfnisse nach Information erfüllt sind, wird es vor allem Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Meinungsträger sein, den eigentlichen Abstimmungskampf zu führen.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 12 février 1992

Le Conseil fédéral partage l'avis des auteurs de l'interpellation et pense qu'il faut considérer que l'information sur la position de la Suisse en matière d'intégration européenne est une tâche permanente. Elle correspond aussi à un désir exprimé à plusieurs reprises par des membres du Parlement.

Dans la perspective de la votation populaire, il faudra évidemment renforcer l'information afin que le public puisse se rendre compte de toute la portée de la décision et de tous ses effets. Le Conseil fédéral est intimement convaincu que la démocratie directe présuppose une bonne information de la population, et il est prêt, dans le cas présent du vote sur l'EEE comme dans les autres, à lui fournir tous les éléments à cet effet.

Le Conseil fédéral veut fournir aux citoyens une information objective qui leur permette de se forger, en toute liberté, une opinion sur le sujet. Il entend leur dire en toute franchise ce que l'EEE, la CE ou une éventuelle demande d'adhésion à la CE signifierait pour eux et pourrait leur apporter, et quelle place, dans chacun de ces cas de figure, la Suisse occuperait au sein d'une Europe en pleine mutation.

Cette vaste action sera menée par le Bureau de l'intégration DFAE/DFEP. Comme pratiquement tous les départements sont concernés, il faudra les associer à ces efforts. Aussi le Conseil fédéral a-t-il chargé la Conférence élargie des services d'information de la Confédération, conférence dirigée par le

vicechancelier chargé de l'information, d'assurer la coordination et d'accompagner les moyens.

Le volume et la complexité des informations ayant trait à l'EEE sont tels qu'il s'avère indispensable d'élaborer des fiches d'information et une documentation claire, rédigée en termes simples. On a prévu une collaboration avec des spécialistes de la communication extérieurs à l'administration; toutefois, le Conseil fédéral et l'administration demeurent compétents pour engager les moyens et en contrôler la teneur. L'information du public se fera au fur et à mesure des étapes politiques et elle accompagnera chacune des décisions et des prises de position du gouvernement. Le Conseil fédéral ne fera ni propagande ni campagne; il remplira le mandat d'information dont il est investi.

L'information sera fonction des besoins des destinataires et elle sera transmise par les canaux de la communication moderne. L'exploitation des instruments démographiques renforcera l'efficacité des moyens d'information.

Le Conseil fédéral a affecté un crédit de 5,9 millions de francs au projet, sous réserve toutefois d'une décision définitive à propos du traité.

Il est prévu de concentrer dans une première phase le gros de l'information de la population. Le message du Conseil fédéral aux Chambres en sera l'une des pièces maîtresses puisqu'il sera mis à la disposition du grand public dans une version abrégée. Une fois ces informations fournies, il appartiendra aux milieux politiques et économiques d'entamer la campagne proprement dite.

Präsident: Die Interpellanten sind von der Antwort des Bundesrates befriedigt.

91.3361

Interpellation Berger Lebensmittelverteilung. Transparenz Transparence des circuits de distribution des denrées alimentaires

Wortlaut der Interpellation vom 4. Oktober 1991

Die schweizerische Landwirtschaft leidet gegenwärtig in mehreren Produktionsbereichen, insbesondere auf dem Markt für Rindfleisch, unter einem Ueberangebot.

Die Produktionspreise haben die unterste Grenze (europäischer Preis) erreicht. Trotz dieser Marktlage zeichnen sich für den Konsumenten keine entsprechenden Preissenkungen ab. Im Gegenteil, der Abstand zwischen Produktions- und Konsumentenpreis nimmt zu. Echter Wettbewerb ist das nicht mehr. Ich frage den Bundesrat, ob er bereit ist, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um folgende Ziele zu erreichen:

1. sicherzustellen, dass die Lebensmittel mit grösstmöglicher Transparenz vom Hersteller zum Konsumenten gelangen;
2. alle Missbräuche durch Kartellbindungen sowie andere Marktverzerrungen, die die normalen Absatzwege für Lebensmittel mit exzessiven Margen durcheinanderbringen, zu bekämpfen und zu verbieten.

Texte de l'interpellation du 4 octobre 1991

L'agriculture suisse vit une situation d'exédents d'offre dans plusieurs secteurs de la production, plus particulièrement sur le marché de la viande bovine.

Les prix à la production sont au plus bas (prix européen). Malgré cet état de fait aucune tendance parallèle à la baisse se manifeste pour le consommateur. Au contraire l'écart se creuse entre le prix de production et à la consommation. La notion de concurrence ne s'exerce plus.

Interpellation der christlichdemokratischen Fraktion Informationstätigkeit des Bundesrates zur EWR-Abstimmung

Interpellation du groupe démocrate-chrétien Votation populaire sur l'EEE. Informations dispensées par le Conseil fédéral

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3406
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.03.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	648-649
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 090

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.